



Berichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention

Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus

Eine Übersichtsarbeit

Marcus Kober

Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus

Eine Übersichtsarbeit

Marcus Kober

Impressum

Herausgeber

Nationales Zentrum Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Mail: nzk@bmi.bund.de
www.nzkrim.de

Redaktion

Marcus Kober

Titelbild

Foto: unbekannt. Lizenz: Adobe Stock

Verlagsort

Bonn, Deutschland

ISSN (Print): 2567-6008

ISSN (Online): 2567-6016

Erscheinungsjahr: 2019



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-ND): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung.

Das NZK ist eine Arbeitsstelle am Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Inhalt

1. Einleitung.....	6
2. Die Phänomene Linksextremismus & linke Militanz.....	11
3. Methode für die Recherche von Evaluationsstudien.....	18
4. Ergebnisse.....	19
5. Bewertung und Empfehlungen.....	23

Kurzfassung

Gewalttätige Ausschreitungen bei Großereignissen wie dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg werfen die Frage auf, ob Gefahren durch den Linksextremismus bzw. linke Militanz unterschätzt wurden. Der Begriff Linksextremismus ist in Teilen der Wissenschaft ebenso umstritten wie die Frage, ob ein Präventionsbedarf in diesem Bereich besteht. Der Staat misst der Extremismusprävention seit einigen Jahren eine hohe Bedeutung bei und fördert seit 1992 entsprechende Programme und Maßnahmen. Deren Anzahl ist im Bereich des Linksextremismus deutlich geringer als in anderen Extremismusbereichen. Dies verwundert, da seit 2009 die Anzahl linksextremistischer Gewaltdelikte (u.a. Landfriedensbruch, Widerstandsdelikte) nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz beinahe kontinuierlich über denen im Bereich des Rechtsextremismus liegt.

Zu keinem Projekt der Linksextremismusprävention liegt ein öffentlich zugänglicher Evaluationsbericht vor. Lediglich Programmevaluationen sowie parlamentarische Anfragen liefern Hinweise auf Probleme der Präventionspraxis, die insbesondere im Zielgruppenzugang liegen.

Individuelle, soziale und situative Einflussfaktoren für die Entstehung linker Militanz müssen weiter erforscht werden. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse sind die Ziele der Prävention von Linksextremismus und linker Militanz zu präzisieren.

1. Einleitung

Anlässlich des G20-Gipfels im Juli 2017 kam es in Hamburg zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Nachrichten waren geprägt von Bildern, die Stein- und Flaschenwürfe auf Polizisten, Schneisen der Verwüstung entlang ganzer Straßenzüge, brennende Fahrzeuge und Plünderungen von Ladenlokalen zeigten. Ähnlich wie dies bereits im März 2015 bei Protesten gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt der Fall gewesen ist, hat die Brutalität dieser Bilder eine öffentliche Diskussion über die Gefährlichkeit des Linksextremismus ausgelöst. Es sind noch nicht alle Täter² ermittelt und Strafverfahren laufen noch. Mehr als 680 Strafverfahren sind bis Juli 2018 gegen mutmaßliche Randalierer eingeleitet worden. In 160 Fällen ist bisher Anklage erhoben worden und es sind 58 Verurteilungen ergangen. Zugleich wurden 138 Verfahren gegen Polizisten eröffnet, zumeist wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt (Siemens, 2018). Befragungen von Demonstrationsteilnehmern weisen darauf hin, dass diese deutliche Kritik am kapitalistischen System formulieren, mehrheitlich jedoch keine demokratiefeindlichen Einstellungen vertreten. Dies gilt auch für solche Teilnehmer, die angaben, radikaleren Gruppen des linken Spektrums nahe zu stehen (Scharf, 2018, 40).

Es zeichnet sich ab, dass auf Seite der Gipfelgegner sogenannte (Post-) Autonome für einen großen Anteil der begangenen Straftaten verantwortlich gewesen sind. Den Autonomen scheint es zudem gelungen zu sein, eine hohe Anzahl mehr oder weniger unpolitischer Trittbrettfahrer zu mobilisieren (Pfahl-Traughber, 2017). Doch bedarf es weiterer Analysen, um die vielfältigen Konfliktdynamiken zu erklären, die zur Eskalation der Gewalt beigetragen haben. Unter anderem muss eingehender untersucht werden, welchen Anteil das polizeiliche Einsatzkonzept sowie das taktische Vorgehen der Polizei auf den Verlauf der Demonstrationen und die eskalierende Gewalt gehabt haben (Haunss et al., 2017, S. 30).³ Wissenschaftler resümieren, dass die gewaltsame Eskalation anlässlich des G-20-Gipfels nicht unmittelbar auf strategische Kalküle zurückzuführen seien, sondern interpretieren die Geschehnisse als wechselseitige Eskalationen von Demonstranten und Polizei die grundsätzlich hätten vermieden werden können (Ullrich, 2018, S. 79).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob angesichts der Relevanz, die in den letzten Jahren der Bekämpfung des rechten und religiös motivierten Extremismus beigemessen wurde, Gefahren durch den Linksextremismus und linke Militanz in Deutschland möglicherweise unterschätzt wurden.

Während über Parteigrenzen hinweg Einigkeit über die Notwendigkeit einer entschlossenen Strafverfolgung besteht, werden der Bedarf und die Erfolgsaussichten präventiver Ansätze in diesem Bereich des politischen Extremismus unterschiedlich eingeschätzt. Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken“ etwa kommt in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis, dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter (bezogen auf das Jahr 2014) nicht gegeben sei (Leistner et al., 2014, S. 142). Im Gegensatz dazu sieht etwa Siewert (2018, S. 7) linksextremistische Gewalt als ein nicht zu vernachlässigendes Phänomen an und fordert

daher ausreichende Kapazitäten für die Präventions- und Bildungsarbeit auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung zu stellen, da es in diesem Bereich bisher an politischer Anerkennung und Rückendeckung fehle.

Vor diesem Hintergrund lautet die Leitfrage des vorliegenden Berichts, welche Erkenntnisse es zur Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen im Bereich des Linksextremismus gibt.

Zum Inhalt des Berichts

Zur Erhellung dieser Frage wird im Folgenden zunächst ein knapper Überblick über Definitionen des Begriffs Linksextremismus gegeben. Daran schließt sich eine Darstellung des Gefährdungs- und Problempotentials des Phänomens Linksextremismus auf Grundlage verschiedener Indikatoren an. Es werden dazu erstens Erkenntnisse zur Tätergruppe, zum Straftatenaufkommen sowie qualitative Einschätzungen zum Gewaltpotential vorgestellt. Zweitens liefern Forschungsergebnisse Anhaltspunkte zur Verbreitung linksextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Diesem Problemaufriss werden Einschätzungen zur Präventionslandschaft im Themenfeld gegenübergestellt.

Es schließt sich eine Darstellung des methodischen Vorgehens der vorliegenden Bestandsaufnahme sowie deren Ergebnisse an. Der Bericht schließt mit einem Ausblick und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Präventionsfeldes, unter Berücksichtigung der wenigen vorliegenden empirischen Erkenntnisse sowie entsprechender Hinweise aus der präventionspraktischen und wissenschaftlichen Diskussion.

Begriffsbestimmungen

Vor der Konzeption jeder präventiven Maßnahme sollte eine Begründung stehen, die ein definierbares Problem oder ein Anliegen beinhaltet und präventives Handeln rechtfertigt (Beelmann, 2013, S. 359). Es bedarf insofern der Definition eines Problems, dessen Ausmaß und Qualitäten beschrieben werden können. Wie im Folgenden skizziert wird, bereitet beides im Fall des Linksextremismus Schwierigkeiten.

Der Begriff „Linksextremismus“ findet umgangssprachlich, bei Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden ebenso Verwendung wie in den Medien und in Teilen der Wissenschaft, doch ist er in hohem Maße umstritten. Der Versuch einer Bestimmung führt in der Wissenschaft wie auch in der öffentlichen Diskussion regelmäßig zu ausgiebigen Disputen, die eine Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlichen Phänomen bereits im Grundsatz erschweren.

Eine politikwissenschaftlich orientierte Definition des Begriffs Linksextremismus lautet, dass es sich dabei um eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen handelt, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen (Pfahl-Traughber, 2014a, 23).

Neben einer solchen, besonders auf die Verfassungsfeindlichkeit des Linksextremismus abzielenden, politikwissenschaftlichen Definition benennt eine an Uwe Backes angelehnte, sogenannte positive Extremismusdefinition folgende Merkmale, die allen extremistischen Ideologien zu eigen seien: Ein geschlossenes Weltbild und dichotome Realitätswahrnehmungen (Denken in kompromissslosen Gegensatzpaaren), die Reklamation von Wahrheitsmonopolen, eine mindestens abstrakte Bereitschaft, diese auch gewaltsam umzusetzen, zudem die Konstruktion von Feindbildern sowie eine Neigung zu Verschwörungstheorien (van Hüllen, 2013, 490).

Von Wissenschaftlern und Präventionspraktikern wird gerade mit Blick auf den Linksextremismus Kritik am Extremismuskonzept artikuliert, die der Extremismusforscher Pfahl-Traughber wie folgt zusammenfasst: Dissens macht sich u.a. an der Einschätzung fest, ob es sich beim Begriff „Linksextremismus“ um eine taugliche analytische Kategorie oder ein politisches Schlagwort handelt. Kritiker argumentieren, der Begriff werde insbesondere dazu genutzt, um von der Mehrheitsmeinung abweichende Denkweisen zu delegitimieren, zu diffamieren und zu kriminalisieren (Pfahl-Traughber, 2014b, S. 7). Es handele sich insofern lediglich um einen „politischen Kampfbegriff“ (Pfahl-Traughber, 2014b, S. 10). Weitere Einwände gegen den Begriff lauten, dass aus einer extremismustheoretischen Perspektive die Gefahr einer Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene (insbesondere des Links- und Rechtsextremismus) bestehe und es dieser zudem an analytischer Reichweite fehle (Pfahl-Traughber, 2014b, S. 10). Mit Blick auf das als „linksextrem“ bezeichnete Spektrum bedürfe es daher der Suche nach einem geeigneteren Begriff, weil der Extremismus-Begriff in der Wissenschaft wenig Resonanz finde, eine Abwertung impliziere und der Differenzierung linker Szenen in verschiedene ideologische Strömungen, Systeme, Parteien, Bewegungen und Subkulturen nicht gerecht werde (Riedl & Micus, 2017, S. 21).

Statt des Extremismuskonzepts plädieren Gaspar et al. (2018, S. 5) für einen weiten Radikalisierungsbegriff und verstehen unter Radikalisierung die zunehmende grundlegende Infragestellung einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionellen Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen. Ein weiter Radikalisierungsbegriff werde dem Prozesscharakter von Radikalisierung gerechter und erlaube eine präzisere Analyse seiner Start- und Ausstiegspunkte, wohingegen mit dem Begriff Extremismus nur ein Zustand beschrieben werde. Radikalisierung könne sich zudem auch auf gesellschaftliche, wirtschaftliche, religiöse oder andere Zusammenhänge richten, die nicht die politische Ordnung beträfen. Ein solches Verständnis schließe auch gewaltfreie demokratie-inhärente Radikalisierungsprozesse ein.

Von der Verfassungsfeindlichkeit als zentralem Element zur Kennzeichnung von Extremismus lösen sich die Sicherheitsbehörden mit der Erfassung politisch motivierter Kriminalität in einer eigens geschaffenen Statistik. Seit 2001 werden in Deutschland begangene politische Straftaten in einer eigenen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) erfasst. In den Bereich PMK-links fallen Straftaten,

„wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich de-

„demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.“ (Deutscher Bundestag, 2010, 4).

Das Definitionssystem PMK stellt die tatauflösende Motivation unabhängig vom Merkmal der Systemüberwindung in den Mittelpunkt (Ziercke, 2006, S. 63). Die Erfassung löst sich vom Extremismusbegriff, weil auf diese Weise auch neue Kriminalitätsphänomene erfasst werden können, die zwar politisch motiviert, dabei jedoch nicht zwangsläufig gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Wenngleich die PMK-Statistik (Feustel, 2011, S. 148)⁴ und die ihr zugrunde gelegten Definitionen in wissenschaftlicher Hinsicht als problematisch einzuschätzen sind (Frevel, 2018, 49), erweisen sich deren Zuordnungskriterien auch für die Prävention geeignet, um zu bestimmen und abzugrenzen, welchen Phänomenen vorgebeugt werden soll. Dazu zählen, wie im Fall der Ausschreitungen in Hamburg, politisch motivierte Gewaltphänomene, auch wenn dabei die Täter mit ihrem Handeln in vielen Fällen sicher keine Abkehr von der freiheitlich demokratischen Grundordnung anstreben. Weitgehender Konsens dürfte dahingehend bestehen, dass die Ausübung politisch motivierter Gewalt eine Schwelle markiert, auf die präventives Handeln abzielen sollte (Bergsdorf & van Hüllen, 2011, S. 59).

Phänomenologisch unterscheiden die Sicherheitsbehörden zudem zwischen einem parlaments- und einem aktionsorientierten Linksextremismus. Der parlamentsorientierte Extremismus wird durch Parteien, wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands (MLPD) oder die Sozialistische Gleichheitspartei (SGP) repräsentiert, die seit der Wiedervereinigung in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden sind. Demgegenüber verkörpern die Autonomen, die sich an marxistischen und anarchistischen Theorieelementen orientieren, das Gesicht des aktuellen, aktionsorientierten Linksextremismus (Baron, 2017). Im Gegensatz zum parlamentsorientierten Linksextremismus ist der, in erster Linie durch die Autonomen repräsentierte, aktionsorientierte Linksextremismus, durch ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft gekennzeichnet (Baron, 2012a, S. 141).

Den hier nur angerissenen Definitions- und Abgrenzungsproblemen haben sich auch Bundesprogramme gestellt, die u.a. die Entwicklung von Projekten zur Vorbeugung von Linksextremismus zum Ziel hatten (vgl. ausführlicher „Prävention von Linksextremismus“). Aufgrund praktischer Schwierigkeiten vieler Projektbeteiligter, ihre Zielgruppen im Themenbereich Linksextremismus hinreichend genau bestimmen zu können, wurde dieser Förderbereich im aktuellen Bundesprogramm zur Extremismusprävention „Demokratie leben!“ mit „linke Militanz“⁵ betitelt.

2. Die Phänomene Linksextremismus & linke Militanz

Zur Beschreibung der Phänomene Linksextremismus bzw. linke Militanz lassen sich eine Einstellungs- und eine Verhaltensdimension unterscheiden. Fraglich ist daher, wie hoch der Anteil von Menschen in der Bevölkerung ist, die linksextremistische bzw. gewaltlegitimierende Meinungen und Einstellungen teilen. Fälle, in denen aus solchen Einstellungen ein entsprechendes Verhalten (z.B. die Anwendung politisch motivierter Gewalt) resultiert, kennzeichnen die Verhaltensdimension.

Um die umstrittene Frage nach dem Ausmaß des Linksextremismus besser einschätzen zu können, werden daher im Folgenden drei Indikatoren in den Blick genommen. Erstens die Anzahl der Personen, die von Sicherheitsbehörden dem Linksextremismus zugerechnet werden. Als ein weiterer Indikator zur Bewertung des Problemausmaßes werden Kriminalstatistiken, insbesondere zur politisch motivierten Kriminalität, herangezogen. Drittens werden Forschungsergebnisse zur Verbreitung linksextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung – als Gradmesser des gesellschaftlichen Zustimmung- und Unterstützungspotentials – betrachtet.

Personen, die dem Linksextremismus zugerechnet werden

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beziffert die Anzahl linksextremistischer Personen in Deutschland für das Jahr 2017 mit 29.500, von denen wiederum 9.000 (8.500 im Jahr 2016) als gewaltorientiert eingeschätzt werden. Damit weist die linksextremistische Szene ein leichtes Wachstum gegenüber den letzten Jahren auf (2016: 28.500; 2015: 26.700). Im Vergleich dazu werden jeweils etwa 24.000 Personen von den Verfassungsschutzbehörden als Anhänger rechts- oder religiös motivierter extremistischer Organisationen gezählt (van Hüllen, 2018, S. 35).

Mit 7.000 Personen bilden die Autonomen die mit Abstand größte Gruppe im Bereich des gewaltorientierten Linksextremismus (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018, 110). Sie üben Gewalt als Straßenmilitanz und durch klandestine Aktionen (insbesondere Brandanschläge und Farbschmierereien) aus, schrecken aber auch vor Anschlägen gegen Personen nicht zurück und nehmen zum Teil schwerste Verletzungen ihrer Opfer in Kauf. Bei den Autonomen handelt es sich um eine stark aktionsorientierte, durch einen geringen Organisationsgrad gekennzeichnete Bewegung, die sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil Jugendlicher auszeichnet und aktuell für junge Menschen die bei weitem attraktivste linksradikale Strömung zu sein scheint (Glaser, 2013, S. 7).

Die Autonomen stellen keine geschlossene Szene dar, vielmehr bestehen Übergänge in andere linke politische Strukturen und in jugendliche Subkulturen. Auch gibt es kein einheitliches „Weltbild“ der Autonomen, wobei als verbindendes Element der Konsens über Militanz als Mittel des politischen Konfliktaustrags anzusehen ist. Ferner wird das staatliche Gewaltmonopol grundsätzlich abgelehnt (Mletzko, 2010, S. 10; Bergsdorf & van Hüllen, 2011, S. 59). Die Rolle von Gewalt sieht van Hüllen (2012, S. 56) als zentral für das Selbstverständnis von Autonomen

an. Sie werde als Mittel zur Befreiung von Zwängen angesehen, sei Bestandteil des autonomen „Feelings“ und unverzichtbarer Teil des Lebensgefühls (Lang, 2018, S. 371). Kennzeichnend für den Gewaltdiskurs der Autonomen ist, dass die Legitimität von Gewalt immer wieder in Frage gestellt wird, wovon jedoch deren Anwendung gegen Polizeibeamte und Rechtsextremisten ausdrücklich ausgenommen ist. Diese gelten als personifizierte Feindbilder, denen Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen werden (Baron, 2012, S. 144). Selbstausgeübte Gewalt gilt ganz selbstverständlich als Gegengewalt, mit der auf die „strukturelle“ Gewalt des Kapitalismus oder des „repressiven“ Staates sowie seiner Sicherheitsorgane reagiert wird (Gmeiner & Micus, 2018, S. 32).

Mit dem Bild einer Zwiebel kann man die autonome Szene als ein Phänomen mit konzentrischen Kreisen beschreiben,

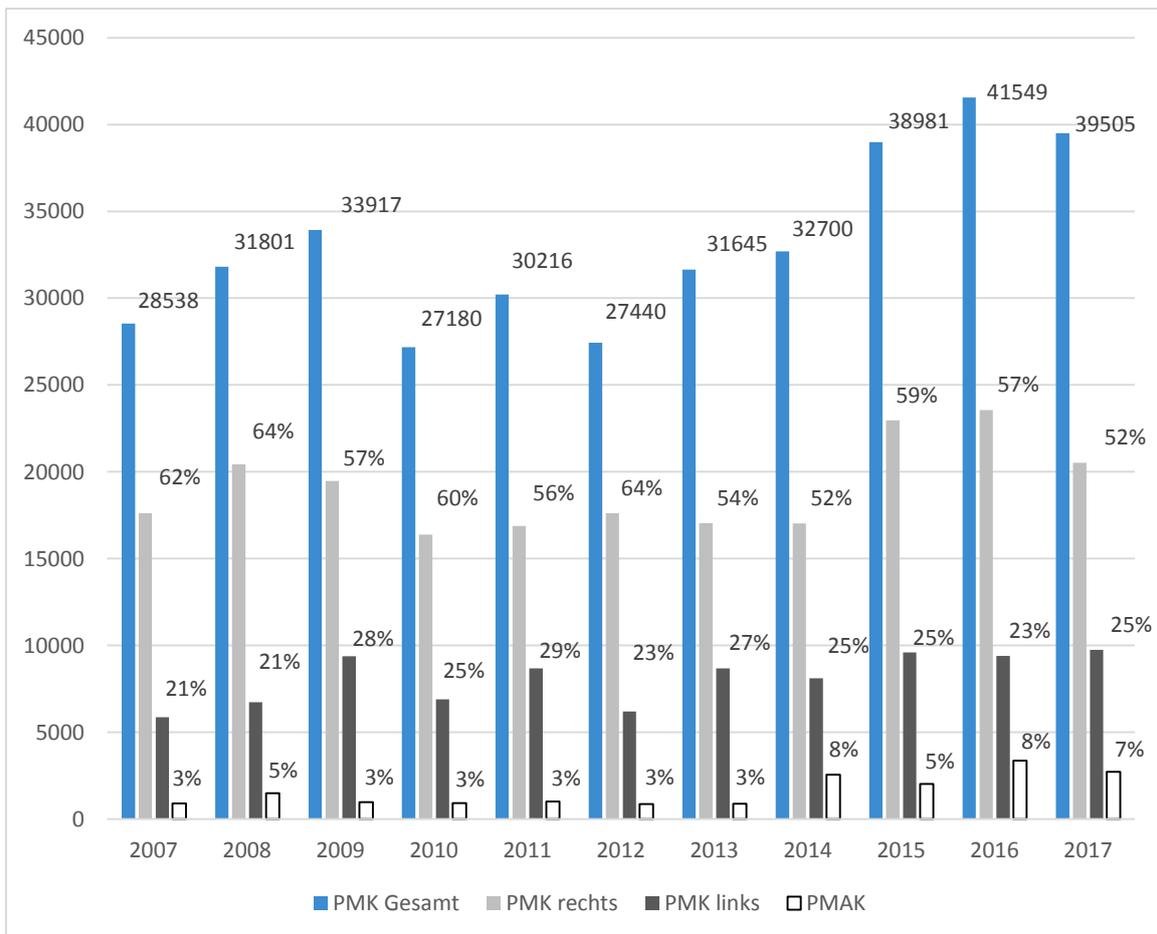
„. . . in deren Mitte Kader klandestin arbeitender Gruppen bzw. die ‚Streetfighter‘ stehen. Zu diesen Zirkeln hat nur Zutritt, wer für ‚clean‘ gehalten und eingeladen wird. Die Organisatoren und Mitglieder eher offen arbeitender Autonomenstrukturen, z.B. von autonomen Antifa-Gruppen, schließen sich in einem weiteren Kreis an, gefolgt von den lose angebundenen situativen Szenegängern. Hierbei handelt es sich um ein nicht ständig aktives Mobilisierungspotential, das bei entsprechenden Kampagnen angezogen bzw. reaktiviert wird. Die noch weiter außenliegenden, mental extremismusaffinen ‚benachbarten‘ Jugendszenen werden von den Sicherheitsbehörden schon nicht mehr in die Kategorie ‚Autonome‘ eingeordnet, bisweilen als ‚Mobilisierungspotential ohne ausformulierten politischen Anspruch‘ bezeichnet.“ (van Hüllen, 2012, S. 57).

Analytisch eignet sich ein solches Schalenmodell zum einen, um die Dynamik eines extremistischen Phänomens (z.B. eines Radikalisierungsprozesses) besser abbilden und verstehen zu können. Zum anderen lässt sich veranschaulichen in welchen „Schalen“ Prävention besonders aussichtsreich erscheint und welche Zielgruppen angesprochen werden sollten (van Hüllen, 2016, S. 29 - 30).

Linksextremistische Straftaten

Die Anzahl von Straftaten, die dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ zugerechnet werden, ist im Jahr 2017 auf einen Höchstwert seit Einrichtung der Sonderstatistik für politisch motivierte Kriminalität gestiegen (vgl. Abbildung 1). Dabei liegt die absolute Anzahl der Straftaten 2017 im Bereich PMK-links mit 9.752 Fällen beinahe um das Dreifache höher als im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität (PMAK) (2.719) und knapp halb so hoch wie im Bereich Rechtsextremismus (20.520). Als Teilmenge des Phänomenbereichs „Politisch motivierte Kriminalität“ weist der Verfassungsschutz in seinen jährlichen Berichten extremis-

Abbildung 1: Entwicklung der politisch motivierten Straftaten nach Phänomenbereichen im Verlauf der letzten zehn Jahre (2007-2017)
 Eigene Darstellung nach Bundesministerium des Innern (2018, S. 3); (PMK Gesamt = absolute Deliktzahl, Prozentangaben (PMK rechts, links & PMAK) = prozentualer Anteil an PMK Gesamt, an 100 fehlende Prozent = PMK-Sonstige (nicht zuzuordnen))

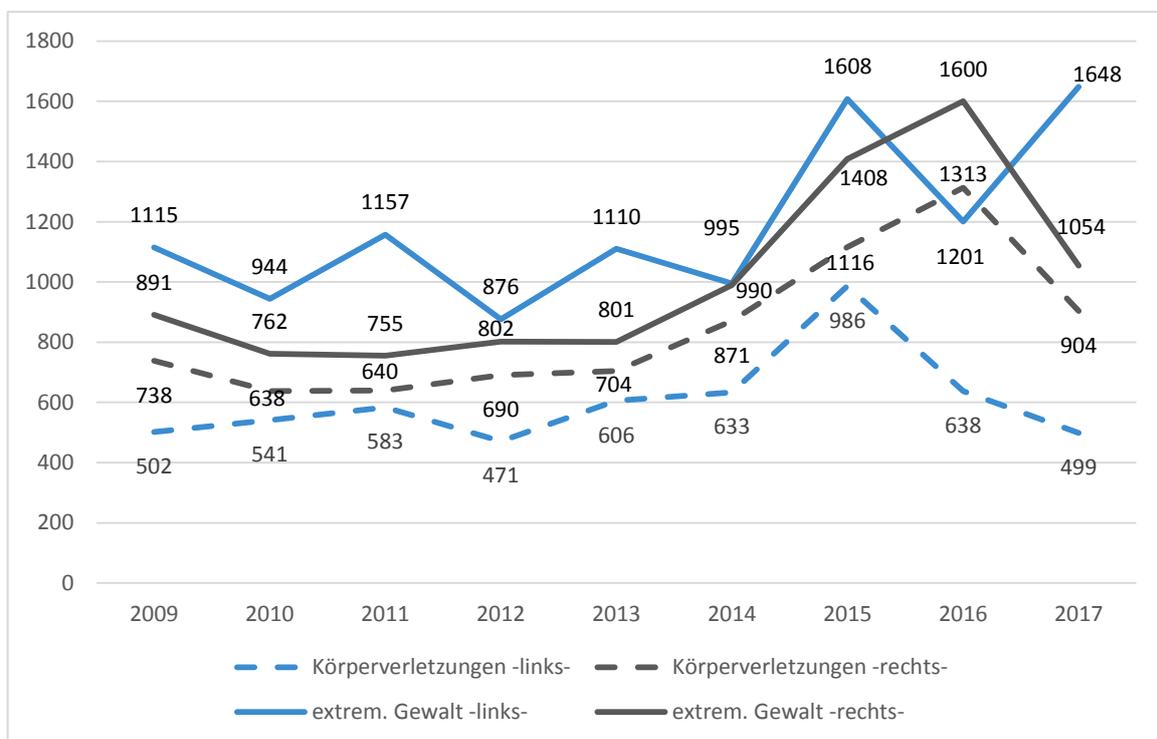


tisch motivierte Straftaten aus. Dies sind Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind (BMI, 2018b, S. 24). Für das Jahr 2017 wurden dieser Teilmenge 6.393 Straftaten (2016: 5.230) mit linksextremistischem Hintergrund zugerechnet (BMI, 2018b, S. 32).

Um die von den jeweiligen Phänomenbereichen ausgehenden Bedrohungspotentiale einschätzen zu können, reicht eine Betrachtung des Gesamtstrafatenaufkommens jedoch nicht aus. Es bedarf einer differenzierteren Berücksichtigung verschiedener Deliktbereiche, um etwa Sachbeschädigungen von Gewalt- oder Tötungsdelikten abzugrenzen.

Eine größere Aussagekraft besitzt daher die vergleichende Analyse von Gewaltdelikten in verschiedenen Extremismusbereichen. Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) haben die Akzeptanz und Intensität von Gewalt in der linksextremistischen Szene in den letzten Jahren spürbar zugenommen (Bundesministerium des Innern, 2017, S. 101).

Abbildung 2: Gewaltdelikte (insgesamt) und Körperverletzungen mit links- und rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund (2009 - 2017)
Eigene Darstellung nach Verfassungsschutzberichten (2010 - 2018)



Ein Vergleich extremistisch motivierter Gewaltdelikte der letzten neun Jahre zeigt, dass das Gewalttatenaufkommen links beinahe durchgängig über dem Gewalttatenaufkommen rechts gelegen hat. Inhaltlich sind mit den Anstiegen linker Gewalttaten in den Jahren 2009, 2011, 2013 oder 2017 zumeist Großveranstaltungen oder Demonstrationen verbunden gewesen, bei denen es zur Ausübung von Gewalt gekommen ist (sog. massenmilitante Ereignisse).⁶ Zugleich illustriert Abbildung 2, dass Körperverletzungsdelikte im linken Bereich im gleichen Zeitraum kontinuierlich und zum Teil sehr deutlich unter denen im rechten Bereich lagen. In qualitativer Hinsicht ist linksextremistisch motiviertes Gewalthandeln insbesondere durch die Schwerpunkte Straftaten gegen Mitglieder der rechten Szene sowie Gewalt gegen Polizeikräfte geprägt (Mletzko, 2017, S. 513). Dabei ist im linken Phänomenbereich eine - im Vergleich zu PMK-rechts - deutlich geringere Quote von Körperverletzungen am Gesamtaufkommen der

Gewalttaten festzustellen, die im linken Bereich mit einem höheren Anteil von Landfriedensbruch- und Widerstandsdelikten im Kontext von Demonstrationsereignissen einhergeht (Mletzko, 2017, S. 515).

Als Zwischenresümee ist festzuhalten, dass es insbesondere im Zuge massenmilitanter Ereignisse in den letzten Jahren immer wieder zu einem vergleichsweise hohen Ausmaß links motivierter Gewalttaten insbesondere gegen Polizisten oder „gegen rechts“ gekommen ist.

Linksextremistische Einstellungen in der Bevölkerung

Extremistische Einstellungen stellen dann eine Gefahr dar, wenn sie sich zu einem Sympathiepotential summieren und verdichten, hinter dem gewalttätige Extremisten Rückendeckung vermuten können (Jaschke, 2006, S. 128). Ein weiterer Indikator für das Gefahrenpotential des Linksextremismus ist daher die Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung. Deren Bedeutung ergibt sich zum einen daraus, dass Mobilisierungs- und Unterstützungspotentiale für politisch motivierte Straftaten daraus abzuleiten sind. Zum anderen beschreibt die Gewaltbejahung in Teilen der Bevölkerung den öffentlichen Resonanzraum, auf den sich auch gewalttätiges linksextremistisches Handeln beziehen kann. Extremistische Militanz lebt von Öffentlichkeit und Massenkommunikation. Daher ist relevant, wie Teile der Gesellschaft gewalttätiges Handeln erleben und darauf reagieren, bzw. wie sie dies an militante Gruppen kommunizieren (Jaschke, 2006, S. 39). Bedeutung kommt zudem kleineren politischen Milieus, Unterstützerkreisen und „Szenen“ in der Bevölkerung zu, die Militanz gegenüber durchaus offen sind (Jaschke, 2012, S. 26).

Linksextremistische Einstellungen werden in Bevölkerungsbefragungen wesentlich seltener erhoben als rechtsextremistische Einstellungen. Eine daher besonders hervorzuhebende Untersuchung haben Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder im Jahr 2014 durchgeführt (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015). Die Studie wurde kritisiert, weil sich nicht alle verwendeten Fragen als tauglich erwiesen haben, linksextreme Einstellungen zu messen (Neu & Pokorny, 2018, 195; Herschinger et al., 2018, 7). Trotz dieser methodischen Kritik werden zentrale Ergebnisse vorgestellt, weil es sich um eine der wenigen Studien handelt, die Aufschluss über die Verbreitung linksextremer Einstellungen in der Bevölkerung geben. Auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung stellen die Autoren fest, dass (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015, S. 588 - 589)

- auf Basis einer eigens entwickelten Linksextremismusskala 4% der Befragten als Personen mit einem nahezu geschlossenen und weitere 13% mit einem überwiegend linksextremen Welt- und Menschenbild einzustufen sind
- den Einsatz politisch motivierter Gewalt, sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen, 7% der Befragten, bejahen

Die Autoren resümieren, dass es Linksextremisten gelänge, mit einigen ihrer Forderungen und Zielen weite Teile der Bevölkerung zu erreichen (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015, S. 597).

Zu den weiteren empirischen Forschungen zum Thema gehört eine Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, das zuletzt 2015 eine Erhebung unter nieder-

sächsischen Jugendlichen durchgeführt und dabei auch extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen erhoben hat. Diese Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass in Niedersachsen 7,1% der Jugendlichen (5,9% in 2013) linksextreme Einstellungen aufweisen (Bergmann et al., 2017, S. 75 - 76). Neben ihren Einstellungen wurde bei den Jugendlichen auch erfragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten niedrigschwellige Verhaltensweisen gezeigt bzw. linksextreme Straftaten ausgeführt hatten. Niedrigschwellige Verhaltensweisen, wie u.a. die Lektüre einschlägiger Zeitschriften/Zeitungen, den Besuch entsprechender Internetseiten oder das Hören bestimmter Musikgruppen, bejahten 3,6% (3,3% in 2013) der Jugendlichen. Mindestens eine linksextremistische Straftat⁷ begangen zu haben, gaben 3,3% (4,3% in 2013) der Befragten an. Zusammenfassend stellen die Autoren mit Blick auf Niedersachsen fest, dass unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Einstellungen und Verhaltensweisen der Anteil linksextremer Jugendlicher leicht auf 1,8% (1,5% in 2013) gestiegen, die Gewaltbefürwortung sowie Ausübung von Straftaten hingegen gesunken seien. Dabei wiesen männliche Jugendliche, Personen mit Migrationshintergrund und Schüler mit niedrigerem Bildungsniveau eine überdurchschnittliche Affinität zum Linksextremismus auf (Bergmann et al., 2017, S. 78).

Prävention von Linksextremismus

Der Staat misst der Extremismusprävention seit einigen Jahren eine hohe Bedeutung bei, weshalb seit 1992 entsprechende Programme und Maßnahmen zur Extremismusprävention gefördert und seit 2001 auch die Demokratieförderung verstärkt in den Blick genommen wird (BMFSFJ & BMI, 2016, S. 7). Aktuell werden Projekte der Extremismusprävention durch die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI sowie „Demokratie leben!“ des BMFSFJ gefördert. Neben der Prävention von Rechtsextremismus sowie der Vorbeugung von islamistischer Radikalisierung fördert die Bundesregierung gezielt auch die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus bzw. gegen „linke Militanz“ (BMFSFJ & BMI, 2016, S. 12). Zentrale Elemente der geförderten Extremismusprävention im Bereich „linke Militanz“ sind pädagogische Angebote, die u.a. auf Wissensvermittlung (Information und Aufklärung) und Erfahrungslernen (Förderung von Kompetenzen) gerichtet sind (BMFSFJ & BMI, 2016, S. 19). Im Rahmen der Programmförderung sollen präventiv-pädagogische Konzepte (weiter-)entwickelt und die Überführung erfolgreicher Ansätze in die Regelstrukturen unterstützt werden. Als zentrale Funktion der Bundesprogramme wird nicht die flächendeckende Bekämpfung des politischen Extremismus angesehen, sondern die beispielhafte Entwicklung und Erprobung von Konzepten, Strategien und Arbeitsformen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (BMFSFJ, 2017, S. 3). Basierend auf Erfahrungen aus den Vorgängerprogrammen sind diese Projekte zum Teil nicht direkt auf die eigentlichen Zielgruppen gerichtet, sondern zielen primär auf Multiplikatoren in pädagogischen Arbeitsfeldern ab. Zudem wird im aktuellen Programm mit einem phänomenübergreifenden Präventionsansatz gearbeitet, der auf alle Radikalisierungsphänomene gerichtet ist (BMFSFJ, 2017, S. 38).

In einer Bestandaufnahme der Extremismus-Präventionslandschaft in Deutschland kommt das Bundeskriminalamt zu dem Ergebnis, dass von insgesamt 721 identifizierten Projekten (Stand 2014/2015) lediglich 4% auf den Phänomenbereich Linksextremismus gerichtet waren. Die

Autoren bezeichnen diesen Befund insofern als verwunderlich, da die politisch motivierte Gewaltkriminalität (PMK) im Bereich Links 2014 noch vor der PMK-rechts den größten Anteil ausmache (Gruber & Lützing, 2017, S. 12). Die vorgefundenen Ungleichgewichte begründeten die Frage, ob es einer Optimierung bzw. einer Stärkung präventiver Bemühungen im Bereich des Linksextremismus bedürfe (Gruber & Lützing, 2017, S. 30). Von den insgesamt 25 ermittelten Projekten zum Linksextremismus befanden sich 19 in staatlicher und sechs in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft, wobei es sich in zwei Fällen um Aussteigerprogramme und ansonsten mehrheitlich um informationsvermittelnde Ansätze (z.B. in Form von Vorträgen oder Flyern) handelte (Gruber & Lützing, 2017, S. 22). Daraus folgern die Autoren, dass es kaum Projekte gäbe, die im direkten Kontakt mit radikalisierten Personen arbeiten. Insgesamt wirke das Angebot im Bereich der Linksextremismusprävention daher proflilos und wenig vielfältig (Gruber & Lützing, 2017, S. 34). Bemerkenswert erscheint ferner der Umstand, dass einige der genannten Projekte mangels Nachfrage zum Zeitpunkt der Untersuchung noch gar nicht zur Anwendung gekommen waren und scheinbar kaum einen praktischen Anwendungsbezug aufwiesen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Projekte nimmt der Erhebung zufolge die Prävention von Gewalt ein, wobei eher auf eine allgemeine Gewaltprävention als auf politisch motivierte Gewaltprävention abgezielt werde. Mit dieser eher unspezifischen inhaltlichen Ausrichtung solle eine Ideologiefokussierung und Etikettierung vermieden werden, um dem Eindruck entgegenzuwirken einen ideologischen Diskurs „ausfechten“ zu wollen (Gruber & Lützing, 2017, S. 23).

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse zur Phänomenologie und Prävention des Linksextremismus ist das NZK der Frage nachgegangen, ob Evaluationen der Präventionsarbeit im Bereich des Linksextremismus bzw. der linken Militanz durchgeführt worden sind und welche empirisch belegten Rückschlüsse diese zulassen. Dazu wurde in einem ersten Schritt eine Recherche frei zugänglicher Evaluationsberichte durchgeführt.

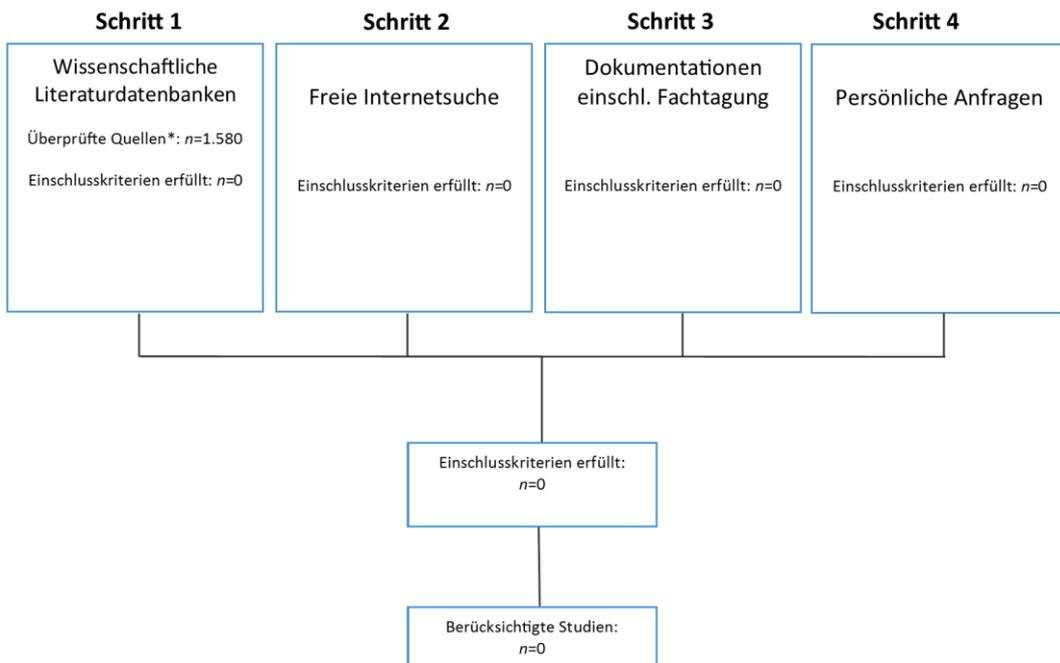
3. Methode für die Recherche von Evaluationsstudien

Für die Recherche nach Primärstudien und Evaluationsberichten wurden folgende Such- und Einschlusskriterien verwendet:

- Inhalt: Evaluation einer Maßnahme oder eines Projektes,
- Ziel der Maßnahme: Vorbeugung von Linksextremismus / linker Militanz,
- Standort: Deutschland.

Die Recherche erfolgte in vier Schritten (siehe Abbildung 3). Da zum Thema keine Evaluationsstudien wissenschaftlich publiziert sind, erwies sich die Recherche in wissenschaftlichen Literaturdatenbanken (Schritt 1) als ergebnislos. Um dennoch Erfahrungswissen aus der Präventionsarbeit zu identifizieren, wurde zusätzlich anhand der Suchkriterien frei im Internet recherchiert (Schritt 2), wodurch jedoch ebenfalls keine Evaluationsstudien gefunden wurden. Auch die Recherche in Dokumentationsplattformen einschlägiger Fachtagungen (Schritt 3) lieferte ebenso wenig wie persönliche Anfragen bei Experten auf dem Gebiet der Radikalisierungsprävention (Schritt 4) weitere Hinweise auf Evaluationsstudien.

Abbildung 3: Rechreschritte



4. Ergebnisse

Üblicherweise wird in NZK-Berichten an dieser Stelle die Auswertung von Inhalten des Internetportals WESPE zu untersuchten Präventionsfeldern vorgestellt. In den Bereichen Linksextremismus und linke Militanz konnten jedoch keine projektbezogenen Evaluationsberichte ermittelt und in das Informationsportal aufgenommen werden. Es werden daher im Folgenden Erkenntnisse aus Berichten vorgestellt, die keine projektbezogenen Evaluationen zum Gegenstand haben, jedoch Informationen über sonstige Erfahrungen aus der Projektpraxis beinhalten.

Programmevaluation des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“

Die Bundesprogramme zur Extremismusprävention werden obligatorisch durch Programmevaluationen begleitet. Zielsetzung dieser Evaluationen ist es, die Umsetzung der Programme vor dem Hintergrund ihrer Zielsetzungen zu begleiten, zu dokumentieren und zu bewerten sowie Entscheidungsgrundlagen für deren zukünftige Ausgestaltung zu generieren. Die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und Präventionsansätze steht dabei nicht im Mittelpunkt des Interesses. Projektübergreifend werden Gelingensbedingungen, Probleme und Erfolgsfaktoren für verschiedene Präventionsansätze ermittelt. Ob die Präventionsangebote Einstellungen und Verhalten von teilnehmenden Personen ändern, untersuchen sie nicht.

Einen hohen Erkenntniswert haben diese Programmevaluationen im Hinblick auf grundsätzliche Merkmale, wie (Miss-)Erfolge des Feldzugangs, die Erreichung spezifischer Zielgruppen oder die programmatische Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen in bestimmten Handlungsfeldern (Leistner et al., 2014). Die Evaluatoren des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ heben in ihrem Evaluationsbericht insbesondere Rahmenbedingungen und Ausgangsprobleme hervor, mit denen sich Präventionsakteure im Bereich des Linksextremismus konfrontiert gesehen haben.

- Sie identifizieren ein Erkenntnis- und Forschungsdefizit bei den Fragen, wann, wie und unter welchen Bedingungen sich Jugendliche politisch radikalieren. Daraus resultiere für die Präventionspraxis das Problem, Ansatzpunkte für pädagogische Maßnahmen zu identifizieren, die über reine Wissensvermittlung und Aufklärung hinausgehen (Leistner et al., 2014, 97; Fuhrmann et al., 2012, S. 35).
- Als problematisch erweist sich der Begriff Linksextremismus zur Kennzeichnung des Handlungsfeldes. Zum einen sei der Begriff bei Präventionsakteuren auf Ablehnung gestoßen, was zu Schwierigkeiten in der Konzeption und Umsetzung entsprechender Angebote geführt habe. Zum anderen habe sich der Begriff negativ auf die öffentliche Akzeptanz von Präventionsangeboten ausgewirkt, weshalb Zielgruppenzugänge verstellt oder zumindest erschwert und Verstetigungsprozesse der Projekte in vielen Fällen gar nicht erst angedacht worden seien (Leistner et al., 2014, S. 142). Stattdessen sei von einigen Präventionsakteuren der Versuch einer Präzisierung problematischer Phänomene, wie Militanz im Kontext von Protest und von „linksaffinen“ Jugendkulturen, vorgenommen worden.

Im Zuge des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurde diesen Erfahrungen u.a. insofern Rechnung getragen, als dass der Programmbereich nunmehr als „linke Militanz“ betitelt wird.

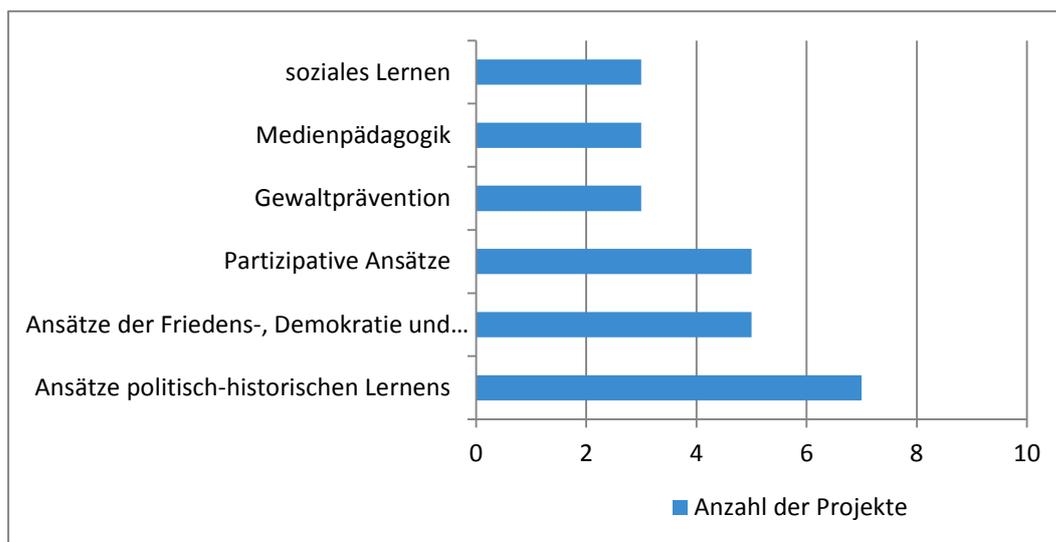
Militanz in linken Szenen verstehen die Autoren als ...

- Ausdruck von radikaler Systemopposition und Demokratiefeindschaft,
- Folge eskalierender Konflikte zwischen politischen Gruppen,
- Folge eines situativ eskalierenden Protestgeschehens auf Demonstrationen,
- aber auch – losgelöst von politischen Zielen –ein Attraktivitätsmoment für die Teilnahme an Protestereignissen.

Diese verschiedenen Ursachen- und Einflussfaktoren militanter Gewalt bieten zugleich Ansatzpunkte für die Entwicklung themen- und zielgruppenspezifischer Präventionsansätze (BMFSFJ, 2014, S. 51). Situativ kann bei Demonstrationen beispielsweise eine konfliktorientierte Deeskalation Ziel von Präventionsmaßnahmen sein, in die linke Militante direkt einbezogen werden. Erprobte Deeskalationsstrategien sind zum Beispiel die Stärkung einer demokratischen Kultur in einer Gemeinde, in die alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen eingebunden werden oder das sensible Auftreten der Polizei bei Demonstrationen und bei der Behandlung von Protestierenden (Schuhmacher, 2015, S. 13).

Mit Blick auf Qualifikationsanforderungen an Präventionsakteure zeige die Erfahrung aus dem Bundesprogramm, „dass für eine gelingende gegenstandsspezifisch ausgerichtete Präventionsarbeit umfassende Szenekenntnisse, ausgeprägte inhaltliche Kenntnisse szenetypischer, teilweise intellektueller Diskurse sowie belastbare Zugänge zu den Jugendlichen notwendig sind.“ (Leistner et al., 2014, S. 143).

Abbildung 4: Methodische Ansätze der pädagogischen Modellprojekte im Programmbereich Linksextremismus im Bundesprogramm „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (nach Fuhrmann et al., 2012, S. 41)



Die Programmevaluation vermittelt zudem einen Eindruck von Inhalten und Präventionsansätzen der geförderten zehn Modellprojekte, von denen es sich in neun Fällen um zivilgesellschaftliche und in einem Fall um eine staatliche Maßnahme handelte.

Wie Abbildung 4 illustriert, verfolgten die Modellprojekte verschiedene methodische Ansätze und Zielsetzungen. Im Vorfeld von Radikalisierung zielten Projekte der primären / universellen Prävention auf Wissensvermittlung, Aufklärung, Gefahrenverdeutlichung und Demokratieförderung ab. Formate in diesem Bereich sind etwa Workshops, Fortbildungen oder Planspiele. Workshops richten sich an Jugendliche oder Multiplikatoren (Lehrer, Sozialarbeiter etc.) und zielen u.a. auf die Vermittlung von Wissen zu historischen oder aktuellen Beispielen des Linksextremismus oder zum Extremismusmodell ab, wodurch Teilnehmer linksextremistische Phänomene besser verstehen, einordnen und bewerten können sollen. Ebenfalls an die Allgemeinheit waren Modellprojekte gerichtet, in deren Mittelpunkt die Entwicklung von Materialien zur Wissensvermittlung oder die Durchführung organisierter Parlaments- und Gedenkstättenbesuche standen. Angeboten werden solche Projekte von zivilgesellschaftlichen Trägern oder Verfassungsschutzbehörden.

Ein Projekt der sekundären / selektiven Prävention verfolgte das Ziel, zusammen mit Kooperationspartnern einen Zugang zur Zielgruppe linksextremistisch orientierter Jugendlicher zu eröffnen. In verschiedenen Kultur- und Medienangeboten sind konkrete, möglichst lebensweltnahe Themen der Projektarbeit wie etwa Graffiti und Musik als Form der Gesellschaftskritik oder Protestformen gegen Rechtsextremismus aufgegriffen worden.

Als besonders erfolglos im Zielgruppenzugang haben sich tertiäre / indizierte Projekte erwiesen, die linksextremistische Straftäter adressiert haben. Ein zivilgesellschaftliches Projekt verfolgte beispielsweise einen konfrontierenden, verantwortungspädagogischen Ansatz, der ein Antigewalttraining in Justizvollzugsanstalten mit politischer Bildung verband. Für die Teilnahme an diesem Projekt konnte kein gewalttätig gewordener, dem linken Spektrum zuzurechnender Teilnehmer gewonnen werden. Ähnlich schwierig erweist sich die Teilnehmergewinnung im Rahmen staatlicher Aussteigerprojekte, wie das folgende Beispiel zeigt.

Parlamentarische Anfrage zur Wirksamkeit eines Aussteigerprogramms

Mit Blick auf staatliche Maßnahmen gibt eine parlamentarische Anfrage Hinweise auf den Erfolg eines Aussteigerprogramms im Bereich des Linksextremismus. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE können gewisse Rückschlüsse auf die Bilanz eines Aussteigerprogrammes für Linksextremisten (AP LEX) des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) für die Jahre 2014 bis 2016 gezogen werden. Angaben des BfV zufolge gab es in den Jahren 2014 bis 2017 insgesamt 28 Kontaktaufnahmen, wobei in 19 Fällen von einer Ausstiegswilligkeit des Kontaktsuchenden auszugehen war. Sofern von den Betroffenen Gründe für die Kontaktaufnahme benannt wurden, waren dies psychische oder soziale Probleme sowie Hilfsbedarfe im Zusammenhang mit Wohnortwechseln oder der Arbeitssuche. In nur sechs Fällen führten die Kontaktaufnahmen zu weiteren Folgegesprächen. Ob und in welchen Fällen der Kontakt zum BfV zu einem dauerhaften Ausstieg geführt hat, kann nicht beantwortet werden (Deutscher Bundestag, 2017, S. 2 - 3).

Tätigkeitsbericht der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Tätigkeitsberichte eines Präventionsprojektes der Stiftung Berlin-Hohenschönhausen beinhalten Angaben zu strukturellen und prozessorientierten Aspekten der Präventionsarbeit. Dazu gehören etwa Darstellungen der Angebotsformate, Teilnehmerzahlen oder zum Teilnehmerfeedback (Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2015, 2017). Es werden darin Angaben zum Modellprojekt „Präventive Seminararbeit mit Jugendlichen gegen Linksextremismus“ gemacht. Dazu gehören eine knappe Darstellung der Projektinhalte, Angaben zu eingesetzten Personalressourcen, Zielgruppen und realisierten Angeboten. Bundesweit wurden etwa im Jahr 2016 558 Seminare zu verschiedenen Aspekten des Themenbereiches Linksextremismus durchgeführt, an denen 8.200 Personen teilgenommen haben (Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2017, S. 63). In 306 Seminaren zum Thema „Linke Militanz“ (von denen 128 im ganzen Bundesgebiet stattfanden) konnten in 2016 4.585 Teilnehmer⁸ erreicht werden. Mit diesen Informationen aus dem Projektmonitoring wird zumindest ein Eindruck von der Reichweite des Projektes vermittelt, der für andere Projekte fehlt.

Bericht zum Projekt Kulturschock

Zu einer positiven Bewertung ihres Projektes „Kulturschock – Bildungsarbeit mit linksaffinen Jugendlichen zwischen Politischer und Kultureller Bildung“ gelangen dessen Verantwortliche in einem Abschlussbericht. In verschiedenen Formen habe eine künstlerische Auseinandersetzung den Zielgruppenzugang zu links orientierten Jugendlichen erleichtert. Es habe sich gezeigt, dass Kunst als Medium und Sprachrohr funktioniert habe, um in eine politische Auseinandersetzung zu gelangen. Zugleich betonen die Autoren die Notwendigkeit einer zukünftigen Wirkungsanalyse dieser Methoden und didaktischen Ansätze (Minor, 2013, S. 18).

Bestandaufnahme Extremismus des Bundeskriminalamtes

Das Bundeskriminalamt kommt in seiner Untersuchung (siehe Seite 17) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es keine zugänglichen Projektevaluationen im Bereich der Linksextremismusprävention gibt. Auf Basis der bereits genannten Bestandaufnahme von Projekten der Extremismusprävention stellen die Autoren fest, dass ein Viertel der staatlichen (insgesamt 19) und alle zivilgesellschaftlichen ($n = 6$) Projekte im Bereich des Linksextremismus nach eigenem Bekunden Evaluationen durchgeführt haben. Ergebnisse dieser selbst durchgeführten oder externen Evaluationen sind jedoch in keinem Fall zugänglich gewesen (Gruber & Lützing, 2017, S. 23).

Es ist festzuhalten, dass kein empirisches Wissen aus Projektevaluationen im Bereich der Prävention von Linksextremismus bzw. linker Militanz verfügbar ist. Daher können keine Aussagen dazu getroffen werden, auf welchen theoretischen Grundannahmen vorhandene Projekte beruhen, welche genauen Zielsetzungen die Projekte verfolgen und ob sie diese Ziele erreichen. Vor allem fehlt es an Wissen über die Wirksamkeit der Präventionsarbeit in diesem Präventionsfeld (Neu, 2012, S. 47).

5. Bewertung und Empfehlungen

Im Bereich des Extremismus sind Begriffsbestimmungen stärker als bei anderen Kriminalitätsphänomenen abhängig vom Wandel der jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Interessen und Rechtsgutbewertungen (Ziercke, 2006, S. 61-62). Was gesellschaftlich toleriert oder zum Gegenstand der Prävention gemacht wird, ist mit Blick auf Extremisten in besonderem Maße von gesellschaftlichen Diskursen abhängig. In diesem Licht erscheinen die zu beobachtenden Unterschiede in der Bewertung der Gefährlichkeitspotentiale des Linksextremismus bzw. linker Militanz weniger überraschend. Aus Sicht der militanten Linken erwachsen gesellschaftliche Missstände aus dem Kapitalismus, dem Faschismus, der Globalisierung oder der Gentrifizierung. Einige Positionen der extremen Linken überlagern sich mit Sorgen, die in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind. Dazu gehören ein ungezügelter Finanzsystem, ungerechte weltweite Wirtschaftsbeziehungen, steigende Mieten in den Städten sowie eine zunehmende Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Einzelne Standpunkte der extremen Linken erscheinen daher Teilen der Bevölkerung verständlich und weniger bedrohlich.

Dennoch ist Prävention auf Grund von links militanten Straftaten, insbesondere bei Demonstrationen und Großereignissen, erforderlich. Wenn Personen aus politischen Gründen Gewalt tolerieren, befürworten oder ausüben, sind sie potentielle Adressaten von Kriminalprävention. Trotz dieser Notwendigkeit ist die Anzahl der bisher realisierten Präventionsangebote im Bereich linker Militanz / Linksextremismus vergleichsweise gering und sollte daher ausgebaut und konkretisiert werden.

Auch wenn zu den Radikalisierungsursachen im Bereich linker Militanz bisher deutlich weniger empirische Erkenntnisse vorliegen, als dies in den Bereichen des rechten und islamistischen Extremismus der Fall ist, spricht vieles dafür, dass gerade in der universellen Prävention phänomenübergreifende Angebote zielführend sind. Ziel ist es, die gesellschaftliche Resilienz durch politische und kulturelle Bildungsarbeit zu stärken (Herschinger, 2018, S. 24). Inhaltlich stellt sich in diesem Präventionsbereich - ungeachtet der extremistischen Ausprägung - u.a. die Aufgabe, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und das politische System wieder zu stärken (Baier, 2018, S. 52). Zugleich besteht ein großer Vorteil eines phänomenübergreifenden Präventionsansatzes darin, dass die Gefahr einer Stigmatisierung reduziert wird (Weilnböck & Uhlmann, 2018). Dies kann sich zudem positiv auf die Bereitschaft von Trägern auswirken, entsprechende Präventionsangebote zu konzipieren, ohne dabei deren angestammte Zielgruppen zu brüskieren. Andererseits läuft ein phänomenübergreifender Ansatz Gefahr szenespezifische Radikalisierungsursachen aus dem Blick zu verlieren. Auf ergänzende phänomenspezifische Ansätze wird daher auch in Zukunft nicht zu verzichten sein.

Grundsätzlich wird in diesem Bereich die interessierte Zivilgesellschaft mit außerschulischen Bildungsangeboten adressiert, wobei sich etwa Informations-, Sensibilisierungs- und Aktivierungsformate oder Maßnahmen zur Demokratieförderung anbieten. Konzeptionell und methodisch kann diesbezüglich auf Erfahrungen in der Rechtsextremismusprävention zurückgegriffen werden (van Hüllen, 2013, S. 503). Dabei lässt sich u.a. an Formate wie die Seminare zur linken Militanz der Gedenkstätte Hohenschönhausen anknüpfen, durch die jährlich einige Tausend Jugendliche angesprochen werden können.

Auf Gruppen mit einer Affinität zu linker Militanz / zum Linksextremismus sollten sekundäre / selektive Präventionsprojekte abzielen, die, in höherem Maße als bisher, lebensweltbezogene, d.h. an zentralen Problemen der Zielgruppe orientierte Ansätze realisieren (Lützing & Gruber, 2017, S. 21). Inhaltlich geht es dabei insbesondere darum, Ursachen und Folgen gewalttätiger Auseinandersetzungen zu erläutern (Srowig, 2018, S. 23) sowie die Anwendung von Gewalt bzw. die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols zu problematisieren (van Hüllen, 2013, S. 502; Lützing & Gruber, 2017, S. 22). Wie dargestellt wurde, steht die Prävention von Linksextremismus und linker Militanz insbesondere vor dem Problem, ihre Zielgruppen zu erreichen. Dies gilt vor allem für Angebote der selektiven und indizierten Prävention, für Maßnahmen also, die an besonders gefährdete oder bereits straffällig gewordene Personen gerichtet sind. Es ist wenig verwunderlich, dass diejenigen, die zum Objekt von Prävention gemacht werden sollen, dies nicht von sich aus begrüßen. Doch gilt dies für viele Bereiche der Prävention, in denen täterorientiert gearbeitet wird. Daher müssen, wie in anderen Präventionsfeldern auch, Anreize geschaffen und vermittelt werden, die eine Teilnahme für die Zielgruppe attraktiv machen. Attraktivitätsmomente des Extremismus, wie Protest, Selbstinszenierung, Zugehörigkeit zu einer Avantgarde, Bekleidungs- und Sprachcodes, Männlichkeit und Kriegerethik, das Ausleben von Machtphantasien sowie Gemeinschaftserleben müssen reflektiert und bei der Ausgestaltung vergleichbar attraktiver Gegenangebote berücksichtigt werden (Baier, 2018, S. 22).

Linke Militanz manifestiert sich zumeist in Konfrontationsgewalt bei Demonstrationen und Großereignissen. Sekundäre Prävention sollte daher ursachenorientiert gezielt auf die Deeskalation solcher Situationen abzielen.

Aussteigerprogramme, die der tertiären / indizierten Prävention zugerechnet werden, waren in der Vergangenheit nicht so erfolgreich wie im Bereich des Rechtsextremismus. Nach Hinweisen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zum Aussteigerprogramm left, kann es jedoch gelingen die Zielgruppe zu erreichen. Ein Gelingensfaktor ist eine gute Vernetzung mit Akteuren der Justiz, Polizei und aus den zivilgesellschaftlichen Hilfesystemen. Pragmatische Angebote zur Bewältigung mitunter multipler Problemlagen (Arbeits- oder Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen etc.) und die proaktive Ansprache von Personen erleichtern den Zugang zur Zielgruppe und den Aufbau einer Vertrauensbasis, die für eine Loslösung und Distanzierung von extremistischen Szenen förderlich ist. Mit Blick auf spezifische Zielgruppen (wie etwa Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei PKK) erleichtern (biographische) Erfahrungen der Migrations- und Sozialisationsbedingungen sowie Sprachkenntnisse den Zugang und die Kontaktaufnahme.

Generell müssen Präventionsprojekte, viel konkreter als dies bisher der Fall ist, ihre Ziele benennen. Worauf genau zielen die Maßnahmen ab? Sollen Einstellungen oder Verhaltensweisen verändert werden? Woran kann eine Einstellungsänderung festgestellt werden? Ab welchem Punkt kann von einem Erfolg einer Präventionsmaßnahme gesprochen werden? Eine solche Präzisierung von Präventionszielen ist erforderlich, um Aussagen über die Wirksamkeit von Präventionsansätzen treffen zu können. Vor allem aber ist die Benennung konkreter Zielsetzungen eine grundsätzliche Legitimationsvoraussetzung für Prävention.

Anmerkungen

1 www.nzkrim.de/wespe

2 Aus Gründen der vereinfachten Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche, männliche sowie diverse Personen.

3 Kritisch werden etwa die Einrichtung weitläufiger polizeirechtlicher Verbotszonen, ein vermehrter Einsatz von Technik, protestbehindernde polizeiliche Einsatzkonzepte oder eine massive Kontrolle von Versammlungen bewertet (Haunss, 2017, S. 30).

4 An der PMK wird insbesondere kritisiert, dass die Klassifizierung einer Straftat als politisch motiviert, maßgeblich von subjektiven Faktoren, wie Fachwissen oder persönlichen Einstellungen der Polizeibeamten vor Ort abhängig ist. (Feustel, 2011, S. 148).

5 Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ beschreibt mit dem Begriff der linken Militanz problematische Phänomene als Ausdruck gesellschaftlichen Protestgeschehens in der Jugendphase, die als Teil umfassenderer Protestkulturen verortet werden können. Diese ist jedoch weder durch geschlossene Weltbilder noch durch eine Gegnerschaft gegenüber der Demokratie verbundenen Organisationsstrukturen gekennzeichnet. In verschiedenen Protestbewegungen (Antifaschismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Gentrifizierungskritik oder politisierten Fußballfanszenen) gebe es immer wieder Debatten um die Rolle von Gewalt und den Umgang mit politischen Gegnern und der Staatsgewalt, in deren Folge sich auch gewaltbefürwortende und militante Strömungen ausbilden (Leistner et al., 2014, S. 112).

6 Dazu zählen beispielsweise in Berlin regelmäßige Krawalle am 1. Mai, die sogenannte Kampagne „Nobelkarosentod“ oder Auseinandersetzungen um eine besetzte Immobilie in der Rigaer Straße, in Hamburg Auseinandersetzungen im Schanzenviertel oder besondere Ereignisse wie der NATO-Gipfel, rechte Demonstrationen, Anti-EZB-Aktionen oder Anti-Kernkraft-Demonstrationen.

7 Als linksextreme Straftaten gaben die Forscher u.a. folgende Taten vor: „Ein leer stehendes Wohnhaus, Fabrikgebäude o.ä. besetzt.“, „Jemanden geschlagen und verletzt, weil er rechts war.“ oder „Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die rechts waren.“.

8 Bei den Teilnehmern handelte es sich insbesondere um Schüler von Gymnasien, Gesamt- und Berufsschulen.

Literatur

- Baier, D. (2018). Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11. & 12. Juni 2018 in Dresden. In Kerner, H.-J., & Marks, E. (Hrsg.). *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages*. Dresden.
- Baron, U. (2012a). Linksautonome auf dem Weg zum Linksextremismus. Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt. In Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2012 (III)*. Brühl.: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
- Baron, U. (2012b). Die linksautonome Szene. In Dovermann, U. (Hrsg.). (2012). *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1135. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Beelmann, A. (2013). Zur Konstruktion, Entwicklung und Überprüfung von Interventionsmaßnahmen: Ein Modell zur Evidenzbasierung präventiver Handlungsstrategien. In Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 22. und 23. April 2013 in Bielefeld* (S. 357 - 366). Godesberg: Forum Verlag.
- Bergmann, M. C., Baier, D., Rehbein, F., & Mößle, T. (2017). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015*. KFN Forschungsbericht Nr. 131. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Bergsdorf, H., van Hüllen (2011). *Linksextrem - Deutschlands unterschätzte Gefahr?* Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Bundesministerium des Innern (2018). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.). (2018b). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2017). *Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) & Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.). (2016). *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2014). *Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2017). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Dr. André Hahn und der Fraktion DIE LINKE*. Drucksache 18/13268.
- Deutscher Bundestag (2010). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Neskovic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE*. Drucksache 17/1928.

- Feustel, S. (2011). Tendenziell tendenziös. Die staatliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität und die Produktion der »Gefahr von links«. In Forum für Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden.
- Frevel, B. (2018). *Innere Sicherheit. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Fuhrmann, M, Johansson, S., & Schau, K. (2012). *Kurzbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄREN“ für den Berichtszeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011*. München.
- Gaspar, H. et. al. (2018). Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs. *PRIF Report 5/2018*. Hessische.-Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Hrsg.). Frankfurt.
- Glaser, M. (2013). 'Linke' Militanz im Jugendalter - ein umstrittenes Phänomen. In Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.). *'Linke' Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*(S. 4 – 21). Halle: Deutsches Jugendinstitut.
- Gmeiner, J., Micus, M. (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen. In Institut für Demokratieforschung. *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEx) 2-18. Göttingen.
- Gruber, F., Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Bundeskriminalamt (Hrsg.) IZ32 - Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Wiesbaden.
- Haunss, S. et. al. (2017). #NoG20 Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes. In *ipb working papers*. Berlin.
- Herschinger, E. (2018). Radikalisierung der Gesellschaft? Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen. *PRIF Report 8/2018*. Hessische.-Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Hrsg.) Frankfurt.
- Jaschke, H.-G. (2012). Facetten des Extremismus - eine Begriffserklärung. In Dovermann, U. (Hrsg.) *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1135. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jaschke, H.-G. (2006). *Politischer Extremismus*, Wiesbaden.
- Lang, J. (2018). Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, In Jesse, E., & Maneswitz, T. (Hrsg.). *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft Praxis*. Baden-Baden.
- Leistner, A., Schau, K., Johansson, S. (2014). *Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ Berichtszeitraum 01.01.2011 - 31.12.2014*, Deutsches Jugendinstitut, München.
- Lützing, S., Gruber, F. (2017). *Extremismusprävention Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential*. Bundeskriminalamt (Hrsg.) IZ32 - Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Wiesbaden.
- Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung e.V. (2013). *Kulturschock - Bildungsarbeit mit linksaffinen Jugendlichen zwischen Politischer und Kultureller Bildung*. Berlin.

- Mletzko, M. (2017). Trends und Besonderheiten links motivierter Gewaltdelikte. In *Kriminalistik* 8-9/2017, S. 511-516.
- Mletzko, M. (2010). Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44/2010, S.9 – 16.
- Neu, V. & Pokorny, S. (2018). Extremistische Einstellungen und empirische Befunde. In Jesse, E. & Manneswitz, T. (Hrsg.). *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Neu, V. (2012). *Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie*. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sank-Augustin.
- Pfahl-Traughber, A. (2017). Autonomie und Gewalt. Das Gefahrenpotential im Linksextremismus. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32-33/2017 „Innere Sicherheit“, S. 28-33.
- Pfahl-Traughber, A. (2014a). *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: Springer VS.
- Pfahl-Traughber, A. (2014b). Linksextremismus – Analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Begriffsbestimmung – Differenzierung – Ideologievarianten. In Hirscher, G. (Hrsg.). *Linksextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Hanns Seidel Stiftung. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, München.
- Riedl, J., Micus, M. (2017). Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative. In Institut für Demokratieforschung. *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) 1 – 17*, Göttingen.
- Scharf, P. (2018). Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels. In Institut für Demokratieforschung. *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) 2-18*. Göttingen.
- Schroeder, K., Deutz-Schroeder, M. (2015). *Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie*. Frankfurt: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Schuhmacher, N. (2015). Gewalt in der Antifa: Mythos und Realität. In *DJI Impulse* 1/2015.
- Siemens, Ansgar (2018). Verblendete Kollegen. In SPIEGEL ONLINE <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-wie-der-korpsgeist-bei-der-polizei-die-aufklaerung-behindert-a-1216747.html> [letzter Zugriff: 16.07.2018].
- Siewert, N. (2018). *Linksextreme Gewalt und Linksterrorismus in Deutschland und Europa. Reale Gefahr oder bürgerliches Schreckgespenst?* Konrad-Adenauer-Stiftung. Analysen & Argumente Ausgabe 290. Februar 2018. Berlin.
- Srowig, F. et. al. (2018). Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. *PRIF Report* 6/2018. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Hrsg.). Frankfurt.
- Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.) (2017). *8. Tätigkeitsbericht (2015/2016)*. Berlin.

- Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.) (2015). *7. Tätigkeitsbericht (2013/2014)*. Berlin.
- Ullrich, P. (2018). *Eskalation. Dynamiken der Gewalt der G-20-Proteste in Hamburg 2017*. Berlin.
- van Hüllen, R. (2018). Politisch motivierter Extremismus in Deutschland. Wie gefährlich ist er? In *Politische-Studien* 477, S. 35-48.
- van Hüllen, R. (2016). Extremismus als Schalenmodell. Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene. In Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.). *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I)*. Brühl.
- van Hüllen, R. (2013). Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus - Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie. In Hirscher, G., & Jesse, E. (Hrsg.) *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven*. Baden-Baden. S. 489-504.
- van Hüllen, R. (2012). *Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 1)*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sank-Augustin.
- Weilnböck, H., Uhlmann, M. (2018). *Thesen zu guter Praxis in der Extremismusprävention und in der Programmgestaltung*.
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/264235/20-thesen-zu-guter-praxis> [letzter Zugriff: 15.05.2018].
- Ziercke, J. (2006). Lagebild extremistischer Kriminalität in Deutschland. In Egg, R. (Hrsg.). *Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention*. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle.

